

«Familien frei gestalten»

Familienministerin Rita Kieber-Beck über Familie, Betreuung und Familiengeld

VADUZ – Die Familienpolitik biegt in die Zielgerade. Die Regierung setzt auf ein Modell, welches den Familien möglichst viel Eigenverantwortung geben soll. Der Staat stellt finanzielle Mittel und Infrastruktur zur Verfügung, greift aber nur unterstützend ein.

• Michael Benvenuti

«Volksblatt»: Familiengeld, Ausbau der Kindertagesstätten, Senkung des Kindergarten-Eintrittsalters: Die FBP hat in den vergangenen Monaten verschiedene familienpolitische Ideen vorgestellt. Wie weit sind diese Vorschläge vorangeschritten, was ist der Stand der Dinge?

Rita Kieber-Beck: Nachdem die Beantwortung des Postulats über die Familienförderung im Landtag einhellig abgeschrieben wurde, war klar, dass man nun die Umsetzung der darin vorgeschlagenen Massnahmen in Angriff nahm.

Manche Projekte sind schon parallel zur Beantwortung des Postulats entstanden und gereift, beispielsweise die Projekte ausserschulische Tagesstrukturen und Primarschule mit Tagesschulangebot. Darüber hinaus entstehen weiterhin neue Plätze für ausserschulische Kinderbetreuung.

Positive Rückmeldungen

Wie ist die Resonanz in der Bevölkerung auf Ihre Familienpolitik, die auf der politischen Bühne nicht durchwegs begrüsst wird?

Ich werde oft auf die Familienpolitik angesprochen. Dabei erhalte ich sehr viel Zustimmung für das gewählte Modell und vor allem für den Ausbau der Infrastruktur im Bereich der Familienförderung.

Ein grosser Familienrat ist eingesetzt worden: Was macht dieser?

Der Familienrat wurde Anfang April eingesetzt. Er soll die Familienpolitik in Liechtenstein begleiten und mitgestalten. Die erste Sitzung wird im Mai stattfinden.

In einem ersten Schritt wird der Familienrat sich mit Themen wie der Überprüfung familienpolitischer Transferleistungen ins Ausland, der Altersvorsorge für nicht-erwerbstätige Elternteile, dem Elternurlaub und Freistellungen auseinandersetzen.

Etwas umstritten ist das Familiengeld. In welcher Form soll das Familiengeld eingeführt werden?

Das Familiengeld soll als demografische Massnahme eingeführt werden. Das Familiengeld ist eine periodische Geldleistung des Staates, die für Kinder während den ersten 36 Lebensmonaten ausbezahlt wird. Die Auszahlung soll halbjährlich erfolgen – zwar erst rückwirkend, damit niemand Geld beziehen kann, ohne die Berechtigung dafür zu haben.

Damit das Familiengeld seinen Zweck als demografische Aufgabe erfüllen kann, müssen ein paar Elemente bei der Ausgestaltung berücksichtigt werden: Das Familiengeld wird möglichst voraussetzungslos an Familien mit Kindern mit ständigem Wohnsitz in Liechtenstein ausbezahlt. Das Familiengeld besitzt eine pauschale Ausrichtung. Das Familiengeld ist nicht an ein bestimmtes Familienmodell gekoppelt und lässt den Eltern frei, wie das Fa-



FOTO ZWIS / JOHNER

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck: «Ich möchte Möglichkeiten schaffen, damit sich Familien ihren Kinderwunsch erfüllen können. Wichtig ist, dass die Familien ihr Familienmodell frei wählen können.»

miengeld verwendet wird. Zudem soll das Familiengeld lohnunabhängig sein und keinen Einfluss auf Sozialleistungen und Leistungen für das Kind haben.

Is ein Ausbau der Kinderbetreuungsplätze geplant?

Wenn man sich die Entwicklung der Kinderbetreuungsplätze in Liechtenstein seit dem Jahr 2000 anschaut, so kann man sehen, dass sich deren Anzahl stetig erhöht hat, von anfänglich etwas mehr als 50 bis zu derzeit knapp 150. Dazu kommen weitere Kinderbetreuungsmöglichkeiten durch die Tagesmütter des Eltern-Kind-Forums und von privaten Anbietern.

Immer mehr Kinder betreut

Insgesamt wurden 2007 in Liechtenstein 535 Kinder stundenweise oder ganztags ausserschulisch betreut, während das im Jahr 2000 erst rund 150 Kinder waren.

Durch die Projekte ausserschulische Tagesstrukturen und Primarschule mit Tagesschulangebot wird das Betreuungsangebot weiter erhöht. Neu entsteht in Ruggell die insgesamt neunte Kindertagesstätte des Vereins Kindertagesstätten Liechtenstein.

Is eine Senkung der Gebühren für die Kinderbetreuung denkbar, um eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen?

Mit dem Projekt ausserschulische Tagesstrukturen ist vorgesehen, die Gebühren für Kinder ab einem Alter von 4 Jahren, also für Kindergarten- und Schulkinder, um 40 Prozent zu senken.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, dass es nicht nur Kindertagesstätten gibt, sondern noch andere Angebote bestehen, die Kinder für einzelne Stunden, für halbe Tage oder ganztags betreuen zu lassen. Dazu zählen die Kinderoasen ebenso wie das Eltern-Kind-Forum. Viele Eltern schätzen das Angebot der Tagesmütter, weil ihre Kinder dort für bestimmte Zeiten in den Kreis einer Familie aufgenommen werden.

Betreuung auch während der Ferien

Nicht unwichtig für Eltern ist, wann sie ihre Kinder in die Betreuung geben können. Wie steht es mit den Öffnungszeiten?

Das Pilotprojekt in Triesen und Eschen geht von Öffnungszeiten aus, die von 6.30 Uhr am Morgen bis um 18.30 Uhr am Abend dauern. Die Öffnungszeiten gelten während der Schulzeit wie auch während der Ferienzeit. Ausgenommen die Zeit zwischen Weihnachten und Dreikönig.

Innerhalb der Öffnungszeiten sind verschiedene Betreuungszeiten möglich, beispielsweise Frühbetreuung oder Mittagsbetreuung, Nachmittag oder Spätnachmittag oder den ganzen Tag. Kindertagesstätten bieten ein vielseitiges und flexibles Modell an.

Soll das Kindergarteneintrittsalter gesenkt werden?

Das Ressort Bildungswesen wurde beauftragt, die Senkung des Kindergarteneintrittsalters zu überprüfen. Wenn man einen Blick auf unsere Nachbarn wirft, so sieht man, dass es durchaus üblich ist, dass Kinder bereits in frühem Alter den

Kindergarten besuchen. Gleichzeitig wird durch einen früheren Kindergarteneintritt, beispielsweise ab einem Alter von drei Jahren, eine geschlossene Unterstützung für die Betreuung eines Kindes gewährleistet.

Ganz unumstritten ist die Senkung des Eintrittsalters nicht, wenn man die Diskussionen im Ausland verfolgt, oder?

Natürlich gibt es unterschiedliche Auffassungen. Deshalb gilt es, die Argumente für und gegen die Senkung des Eintrittsalters genau abzuwägen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass es auch schon Erfahrungswerte gibt, beispielsweise kennt Österreich die frühere Einschulung schon seit längerer Zeit.

Zudem muss man unterscheiden, ob es sich um eine Pflicht handelt oder ob es um Freiwilligkeit im Sinne einer zusätzlichen Möglichkeit geht.

Welches sind die weiteren Schritte, die Sie in der Familienpolitik setzen wollen?

Das Projekt ausserschulische Tagesstrukturen soll als Pilotprojekt in den beiden Gemeinden Triesen und Eschen lanciert werden. Nach einer Laufzeit von drei Jahren wird man sich die Entwicklung genau anschauen und abhängig von den dann bestehenden Rahmenbedingungen das weitere Vorgehen beschliessen.

Der Familienrat wird seine Arbeit aufnehmen und sich mit den familienpolitischen Themen auseinandersetzen. Die Vorlage zum Familiengeld sowie weiterer Massnahmen soll noch in diesem Jahr im Landtag behandelt werden.

Von welchen zusätzlichen Kosten pro Jahr gehen Sie zum aktuellen Zeitpunkt aus?

Die Kosten pro Jahr für die genannten Massnahmen werden sich unter 10 Millionen Franken bewegen. Die zusätzliche Förderung der Familien trägt wesentlich zu einer guten Mischung der Altersstruktur sowie zu einer Verbesserung der demografischen Entwicklung bei.

Das Land investiert bereits heute sehr viel Geld in die gute Ausbildung junger Menschen. Die Wirtschaft benötigt qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Arbeitsmarkt ist relativ trocken, sodass unsere Wirtschaft auf die Arbeitskraft insbesondere auch von Frauen setzen muss.

Mit diesen Finanzmitteln erhält die Familie eine echte Wahlfreiheit und kann selbst entscheiden, wie sie die Erziehungsarbeit organisiert. Auf der anderen Seite ermöglicht der Ausbau der Infrastruktur eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Echte Wahlfreiheit für die Eltern

Was ist für Sie die zentrale Zielsetzung der Familienpolitik?

Ich möchte Möglichkeiten schaffen, damit sich Familien ihren Kinderwunsch erfüllen können. Wichtig erscheint mir, dass die Familien die Wahlfreiheit haben, wie sie ihr Familienmodell gestalten wollen. Mit unserer Familienpolitik besteht die grösstmögliche Wahlfreiheit über die Kinderbetreuung – durch die Eltern gemeinsam, durch einen Elternteil oder extern in einem der verschiedenen Angebote zur Betreuung.